



Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 14.06.2018:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken, [dan-news](#), [lug-info](#) sowie [ukrinform](#), [tass](#), [sputnik](#) und [ria.ru](#)
Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Lug-info.com: Mitteilungen der Vertreterin der LVR in der humanitären Untergruppe Olga Kobzewa

Die Sitzung der humanitären Untergruppe war wenig produktiv, weil die bevollmächtigten Vertreter der Ukraine Wiktor Medwedtschuk und Irina Geraschtschenko nicht anwesend waren. Kiew war bei diesem Treffen nur durch Experten vertreten. Im Zusammenhang damit wurde einer der Haupttagesordnungspunkte – der Austausch festgehaltener Personen – nicht erörtert.

Zu der heute in Minsk stattfindenden Sitzung kam der Leiter der Delegation des IKRK in der Ukraine Alan Ashleyman, in seiner Anwesenheit fand eine lange Erörterung des Wiederaufbaus der zerstörten Brücke bei Staniza Luganskaja statt. Aber irgendwelche Vereinbarungen konnten nicht erreicht werden, weil die ukrainische Seite, die durch Experten vertreten wurde, ein weiteres Mal dem Dialog mit den Vertretern der Republiken auswich und es vorzog ausschließlich mit den Vertretern der OSZE sowie des IKRK – einer Organisation, die nur für die technische Ausführung der getroffenen Entscheidung zuständig ist – zu reden.

Bei dem Treffen wurde auch die Frage der Annahme einer Deklaration, die Folter und Gewalt verurteilt, angesprochen. Die LVR und die DVR haben ein weiteres Mal ihre Bereitschaft bestätigt, dieses Dokument zu unterzeichnen.

Von Seiten der Ukraine war eine solche Bereitschaft nicht zu hören, weil die sie vertretenden Experten nicht bevollmächtigt sind, irgendeine Entscheidung zu treffen.

Dan-news.info: Die Sitzung der politischen Untergruppe in Minsk verlief ohne einen offiziellen Vertreter der ukrainischen Seite, was von dem Unwillen Kiews zeugt, einen konstruktiven Dialog zu führen, erklärte heute zum Ergebnis des Treffens die Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa.

„Bei der heutigen Sitzung der Gruppe zu politischen Fragen in Minsk war aus Kiew nur ein Experte anwesend, der keinerlei Status eines offiziellen Vertreters und keinerlei Vollmachten zur Abstimmung von irgendwas oder zur Vorstellung von Verhandlungspositionen der ukrainischen Seite hatte. Dies zeugt beredt von dem unzuverlässigen Verhältnis der Ukraine zum Minsker Prozess und von dem Unwillen, einen konstruktiven Dialog zu führen“, sagte Nikonorowa.

Die Außenministerin erinnerte daran, dass die Verhandlungen in der politischen Untergruppe in einer Krise sind, aus der der Ausweg nur eine sachliche Erörterung der Formel Steinmeiers sein könnte, dem weicht die ukrainische Seite in jeglicher Weise aus.

„Dennoch wurde bei dem vor einigen Tagen stattgefundenen Treffen der Außenminister des

„normannischen Formats“ wieder die Tatsache bestätigt, dass es Alternativen zu den Minsker Vereinbarungen und direkten Verhandlungen mit Vertretern der DVR und der LVR nicht gibt. Dies ist der einzige friedliche Mechanismus zur Regelung des Konflikts und zur Herstellung von Frieden in langfristiger Perspektive“, fasste Nikonorowa zusammen.

Lug-info.com: Mitteilung des Außenministers der LVR Wladislaw Dejnego zur Arbeit der politischen Untergruppe

„Die Arbeit der politischen Untergruppe war dieses Mal nicht einfach in einer Sackgasse, sondern wurde von der ukrainischen Seite zum Scheitern gebracht – von ihnen war nur einer der Experten anwesend, der keinerlei Vollmachten hat, weder die Ukraine zu vertreten noch überhaupt bei der Sitzung der Untergruppe zu sprechen“, sagte er.

Dnr-online.ru: Bei der heutigen Sitzung der Kontaktgruppe in Minsk wurde die Frage der Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung und der Realisierung der Vereinbarung über eine Trennung von Kräften und Mitteln an allen drei Pilotabschnitten aufgeworfen.

„Heute beeilt sich die Ukraine trotz der bereits veröffentlichten Daten der OSZE-Berichte, die unzweideutig auf den Verletzer verweisen und trotz des Aufrufs der Koordinatoren, diese Verletzungen zu beseitigen und auf den Weg einer genauen Einhaltung aller Punkte der Vereinbarungen über die Trennung von Kräften und Mitteln zu gehen, nicht, diese Empfehlungen auszuführen. Mehr noch, die Vertreter der ukrainischen Seite erlauben sich ein zynisches Herangehen sowohl an die veröffentlichten Daten als auch an den Aufruf, der auf dem heutigen Treffen zu hören war“, teilte eine Quelle von den Verhandlungen der Kontaktgruppe in Minsk mit.

Tass.ru: Der bevollmächtigte Vertreter Russlands in der Kontaktgruppe zur Regelung der Situation im Osten der Ukraine Boris Gryslow hält es für notwendig, zur Frage der Wiederaufnahme von Bürgern der RF, die von Kiew einseitig während des letzten Austausches im Donbass im Dezember letzten Jahres gestrichen wurden, in die Austauschlisten zurückzukommen.

„Zur Realisierung der Aufgabe eines Austausch nach dem Prinzip „alle gegen alle“ besteht die russische Delegation darauf, die Bürger Russlands, die von der ukrainischen Seite im Zusammenhang mit den Ereignissen im Südosten der Ukraine festgehalten werden, in die Liste der Personen für den Austausch wiederaufzunehmen“, erklärte er heute nach der Sitzung der Kontaktgruppe.

Nach den Worten Gryslows haben alle Teilnehmer der Kontaktgruppe die Bedeutsamkeit des Minsker Formats zur Lösung der Konflikts in der Ukraine bestätigt.

Er erinnere daran, dass seit 2014 85 Sitzungen der Kontaktgruppe stattgefunden haben. „Ergebnis war eine wesentliche Senkung der Eskalation des Konflikts“, sagte er.

Nach seinen Worten wurde bei dem heutigen Treffen der „Erfüllung der Verpflichtungen der Seiten zur Trennung der Kräfte in den Abschnitten Solotoje und Petrowskoje“ besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

„Die OSZE-Mission registriert in diesen Gebieten immer neue Waffen der ukrainischen Streitkräfte, obwohl die Trennung der Kräfte in diesen Abschnitten vor anderthalb Jahren erfolgt ist“, sagte Gryslow. „Mehr noch, trotz mehrfacher Entscheidungen hat am Abschnitt bei Staniza Luganskaja keine Trennung stattgefunden. Die ukrainischen Streitkräfte sabotieren diesen Prozess ständig aufgrund erdachter Beschüsse, die die OSZE nicht bestätigt. Russland als Vermittler bei der Regelung des Konflikts hat sich wieder an die ukrainische Seite mit dem Aufruf gewandt, die Vereinbarungen einzuhalten und die übernommenen Verpflichtungen an den Trennungsabschnitten zu erfüllen“.

Eine der Fragen der Sitzung war auch die Erörterung der Verletzung des Regimes der Feuereinstellung. „Es bleibt eine Sicherheitsgefahr für zivile Einwohner. Russland hat sich wieder an die Konfliktseiten gewandt, die disziplinarische Verantwortung der Militärs für die Verletzung

des Regimes der Feuereinstellung an der Kontaktlinie zu verschärfen“, teilte er mit. Gryslow erinnerte daran, dass im Verlauf des Treffens der Außenminister des „normannischen Formats“ ein weiteres Mal die Notwendigkeit der Realisierung der Maßnahmen zur politischen Regelung bestätigt wurden.

„Der besondere Status des Donbass und eine Amnestie für die Konfliktbeteiligten von beiden Seiten bleiben alternativlose Maßnahmen zur Regulierung der Situation. Wegen der ständigen Verzögerung einer sachbezogenen Erörterung dieser Themen durch die ukrainische Seite in der politischen Untergruppe gibt es bisher keinen Fortschritt in dieser Richtung. Russland ruft die Ukraine auf, mit der Erörterung der politischen Regelung des Konflikts zu beginnen“.